

Beschluss des CDA-Bundesvorstands am 3. März 2023 in Frankfurt

Mobilitätsoffensive für Auszubildende – bezahlbares Azubi-Wohnen fördern

Deutschland ist das Land der Dualen Ausbildung. Durch unser einzigartiges berufliches Bildungssystem erhalten junge Menschen eine exzellente Ausbildung in Theorie und Praxis, beste Möglichkeiten erfolgreicher Übergänge ins Arbeitsleben sowie sichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und gute Aufstiegschancen. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt: Zuletzt fehlten geeignete Bewerberinnen und Bewerber für rund 69.000 Ausbildungsplätze bundesweit, gleichzeitig suchten 23.000 Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz.

Gerade in wirtschaftsstarken Regionen fehlen diese jungen Menschen in den Betrieben. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist dabei eine der größten Hürden, um eine Ausbildung zu beginnen. Überdies gehen aktuell die Aufträge im Wohnungsbau drastisch zurück und verstärken die regional äußerst angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. 72 Prozent der Auszubildenden wohnen aktuell bei ihren Eltern oder Verwandten. Damit sich mehr junge Menschen einen Ausbildungsplatz fernab ihres Elternhauses leisten können, setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau von Azubi-Wohnheimen ein. Nur durch verbesserte Rahmenbedingungen können die regionalen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt sowie der Fachkräftemangel langfristig gelöst werden.

Konkret fordern wir die Bundesregierung auf:

1. Eine Mobilitätsoffensive für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Ausbildungsmarkt zu starten. Die regional ungleiche Verteilung von Ausbildungsplätzen darf nicht zu Lasten der Fachkräfte von morgen gehen.
2. Die angekündigte Förderung von Jugend- und Azubiwohnheimen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen und im Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ dafür zu sorgen, dass die berufliche und akademische Bildung gleichwertig gefördert wird. Dabei sollen nicht nur die Träger des Jugend- und Azubi-Wohnens, sondern insbesondere auch die Kammern eingebunden werden. Wer unter Bewerbermangel leidet, muss gute Rahmenbedingungen anbieten.
3. Pilot-Projekte des Azubi-Wohnens im ländlichen Raum aufzulegen. Auszubildende müssen in allen Regionen gleichwertige Chancen haben. Die Förderung darf nicht auf den urbanen Raum beschränkt bleiben. Um die Mobilität und Passgenauigkeit am Ausbildungsmarkt speziell im ländlichen Raum zu verbessern, kann ein dezentral organisiertes Angebot des Jugend- und Azubi-Wohnens wegweisend sein.

Durch die Integration in der Region während der Ausbildung können langfristig Fachkräfte gewonnen werden.

4. Gemeinnützige Träger, insbesondere des sozialpädagogisch begleiteten Jugend-Wohnens, durch den vereinfachten Zugang zu Fördermöglichkeiten besser einzubinden. Nur wenn junge Menschen richtig begleitet und unterstützt werden, kann eine langfristige Bindung von Fachkräften gelingen. Mangelnder bezahlbarer Wohnraum und fehlende soziale Anbindung und Integration halten zu viele junge Menschen von der Aufnahme einer Ausbildung ab.
5. Wohnungsbaugesellschaften, gerade in Ballungsräumen, die Möglichkeit zu geben, mit Betrieben Verträge für das Azubi-Wohnen bei öffentlich geförderten Wohnungen abzuschließen. Zudem müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, dass auch eine Individualförderung möglich ist.
6. Die Bedürfnisse junger Menschen am Ausbildungsmarkt in Stadt und Land transparent zu machen. In einer breit angelegten Studie müssen speziell die Unterstützungsbedarfe von Auszubildenden sowie die vielfältige Situation des Jugend- und Azubi-Wohnens untersucht werden. Nur so kann eine nachhaltige Unterstützung gelingen.
7. Eine bundesweite Informationskampagne zu den Chancen und Vorteilen von Jugend- und Azubi-Wohnen durch die Allianz für Aus- und Weiterbildung zu starten. Besonders Kommunen, Beratungsstellen vor Ort und Betriebe müssen besser über mögliche Fördermöglichkeiten informiert werden.
8. Einheitliche und klare Rechtsgrundlagen auch für ausbildungsbegleitende und -integrierende duale Studiengänge zu schaffen. Regelungen des Berufsbildungsgesetzes, wie Mindestausbildungsvergütungen und Betreuungsmindeststandards, sollten analog auch für ausbildungsbegleitende und -integrierende duale Studiengänge etwa im Hochschulrahmengesetz bundesweit geregelt werden. Zudem ist die monatliche Mindestvergütung im Berufsbildungsgesetz für Auszubildende den deutlich gestiegenen Verbraucherpreisen anzupassen. Nur wer eine angemessene Vergütung erhält, kann eigenständig und selbstbestimmt eine Ausbildung auch in einem elternhausfernen Ausbildungsort absolvieren.